

**Schleswig-Holsteinischer Landtag**  
**Umdruck 17/2075**

Von: Harald Hussels

An den  
Innen- und Rechtsausschuss

per E-Mail

21. März 2011

**Betreff:** Initiative für das Ehrenamt in Schleswig Holstein

Sehr geehrte Frau Dörte Schönfelder,

ich war bisher in verschiedenen Ehrenämtern tätig. Zur Zeit bin ich in zwei Vorständen, in einem Kuratorium, mit der Begleitung von wohnungslosen und obdachlosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen und als Schöffe ehrenamtlich tätig.

In meinen Begegnungen und in Gesprächen mit anderen Ehrenamtlern wird die öffentliche Nennung und Anerkennung von Ehrenamtlern nicht die Bedeutung beigemessen, wie sie zur Zeit in die Öffentlichkeit gebracht werden.

Die unterschwellige Belächelung von Leuten die ehrenamtlich tätig sind, hemmen ein Ehrenamt zu übernehmen.

Aus meiner Sicht müssen außerhalb der politischen Ebenen mehr die Handlungsmöglichkeiten, Verantwortungsmöglichkeiten und Mitwirkungsmöglichkeiten dargestellt werden, damit ein Interesse an Aufgaben geweckt wird.

Die aktuelle Diskussion, dass Politik versucht über das Ehrenamt Geld in den Haushalten einzusparen, lässt das Gefühl aufkommen, missbraucht zu werden.

In den Verwaltungen wird aus meiner Sicht das Substitutaritätsprinzip im Umgang mit Ehrenamtlern nicht ausreichend umgesetzt. In diesem Bereich müssen die Verwaltungen lernen mit Ehrenamtlern positiv umzugehen.

Schulungen von Ehrenamtlern sind zwingend notwendig, aber bitte zu Zeiten, an denen Ehrenamtler auch daran teilnehmen können.

Unterstützung durch Hauptamtliche, die sich als Informations- und Schulungsquelle verstehen. Z.B. Hilfe bei Anträgen für Projekte, Auskünfte über gesetzliche Grundlagen. Stadtjugendringe und Kreisjugendringe werden hier hin-und wieder alleine gelassen.

Ein junger Mensch entscheidet sich für eine Aufgabe ( Ehrenamt ) wenn die Sache interessant für ihn ist oder Betroffenheit auslöst.

Die JULEIKA (Jugendgruppenleiterausweis) sollte weiteren Vorteilen für aktive Jugendgruppenleiter ausgestattet werden. Hier sollten die jungen Leute über ihre Wünsche selbst befragt werden. Politik sollte die Jugendverbände unterstützen diese Wünsche umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen  
gez.  
Harald Hussels